

JANUAR '26 / N°1



# GREENFO

MAGAZIN DER GRÜNEN SCHWEIZ

- > INDIVIDUALBESTEUERUNG: EIN SCHRITT ZU MEHR GLEICHSTELLUNG ..... 4
- > FAMILIENZEIT: GUT FÜR FAMILIEN UND DIE GESELLSCHAFT ..... 5
- > KRIEGSMATERIAL: KEINE SCHWEIZER WAFFEN IN KRIEGSGEBIETE! ..... 7

**HOL DIR DEINE  
ZUKUNFT ZURÜCK!**

**JA** ZUM  
KLIMAFONDS  
AM 8. MÄRZ

# ZUSAMMEN AUF DIE STRASSE FÜRS KLIMA!

Mehr denn je braucht die Schweiz ein gemeinsames Projekt, um unsere Zukunft aufzubauen. Der Klimafonds ist unser Generationenprojekt!

Vor fünf Jahren scheiterte das CO<sub>2</sub>-Gesetz an der Urne. Die Idee war damals: Das Klima mit Lenkungsabgaben schützen. Heute schlägt der Klimafonds einen anderen Weg vor: solidarisch finanzierte öffentliche Investitionen, welche die Bevölkerung und Wirtschaft bei der Bewältigung der Klimakrise unterstützen. Wohlgemerkt hat die bürgerliche Mehrheit seit 2021 keine nennenswerten Fortschritte erzielt.

Sogar der Vizedirektor des Bundesamts für Umwelt gibt deshalb zu: Mit den aktuellen Massnahmen werden wir unsere Klimaziele verfehlen – und zwar massiv.

Und während der Bundesrat Milliarden für Trumps Kampfjets sprudeln lässt, kürzt er beim öffentlichen Verkehr, bei Solar-Pilotprojekten oder bei der Unterstützung von energetischen Sanierungen.

Darum: Immer wenn Economiesuisse und der Bundesrat behaupten, dass Geld fehle, ist das unwahr. Was fehlt, ist der Wille. Was fehlt, ist die Zukunftsvision. Woran es jedoch nicht mangelt, ist an der Macht der Fossillobby. Aber das ist kein Naturgesetz. Mit der Klimafondsinitiative werden wir es verändern. Diese Kampagne ist unsere Chance! Und wir brauchen eine riesige Mobilisierung.

Es bleiben nur noch wenige Wochen, in denen wir das Klima in den Mittelpunkt der Diskussion stellen können.

Dafür braucht es dich: Nimm an einer der grossen Flyer-Aktionen teil, damit wir mindestens 200'000 Haushalte erreichen können. Oder komm an unsere Standaktionen, um direkt mit der Bevölkerung zu sprechen. Oder verschicke Postkarten an deine Bekannten.

Abstimmungskampf ist auch ein Akt des Widerstands! Es ist gelebte und geteilte Hoffnung. Niemand kann uns zum Schweigen bringen. Wir werden immer die Stimme des Klimas sein. Und jede und jeder von uns kann dazu beitragen, dass diese Stimme am 8. März überall zu hören ist.

**Lisa Mazzone**  
Präsidentin GRÜNE Schweiz  
@lisamazzone

## Impressum

Greenfo – Magazin der GRÜNEN Schweiz  
Waisenhausplatz 21, 3011 Bern  
031 326 66 00  
www.gruene.ch – gruene@gruene.ch  
Auflage: 9250 Exemplare  
Redaktion: Marjorie Spart, Florian Wüstholtz  
Übersetzung: Florian Wüstholtz  
Layout: Tom Wahli  
Druck: Bubenberg Druck Fotos: Adobe stock  
(s.1), GRÜNE Schweiz (s.2, 3), GettyImage (s.3),  
Béatrice Devènes (s.3, 4, 5, 6), Monika Flückiger (s.  
4, 6), Oleksandr Lypa/Depositphotos (s.5), Dani  
Enamorado/FreePik (s.7), zvg (s.7,8)

Erscheint vierteljährlich  
Jahresabonnement: CHF 20  
(für Mitglieder im Mitgliederbeitrag inbegriffen)

Unterstützen Sie die GRÜNEN mit Ihrer  
Spende: IBAN CH02 0900 0000 8002 6747 3  
oder [www.gruene.ch/spenden](http://www.gruene.ch/spenden)

## ABSTIMMUNGEN VOM 8. MÄRZ

**JA** zur Klimafonds-Initiative

**JA** zur Individualbesteuerung

**NEIN** zur Bargeld-Initiative  
**JA** zum Gegenentwurf (Stichfrage JA)

**NEIN** zur Anti-SRG-Initiative

# HOL DIR DEINE ZUKUNFT ZURÜCK!

## JA ZUM KLIMAFONDS!

Am 8. März können wir dem Klimaschutz einen Boost verleihen und der fossilen Lobby einen Strich durch die Rechnung machen. Mit einem Ja zur Klimafonds-Initiative schützt die Schweiz das Klima, unsere Gesundheit und sichert unsere Zukunft. Mobilisiere jetzt dein Umfeld für dieses Generationenprojekt und ein Ja an der Urne!

Holen wir uns unsere Zukunft zurück! Die Schweiz ist als Alpenland besonders stark von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen. Sie erwärmt sich doppelt so schnell wie der globale Durchschnitt – heute stehen wir bereits bei 2,9 °C Erwärmung gegenüber der vorindustriellen Zeit. Unsere Gletscher schmelzen, die Städte ächzen unter Hitzewellen. Überschwemmungen und Extremwetterereignisse häufen sich. Ohne zusätzliche Massnahmen steuert die Schweiz bis Ende Jahrhundert auf eine Erwärmung von bis zu 5 °C zu.

Doch die Schweizer Klimapolitik ist nicht auf Kurs: Der Bundesrat baut beim Klimaschutz massiv ab, will ein gefährliches AKW-Revival statt Solarenergie und setzt auf einen Ablasshandel mit Auslandskompensationen. Das ist verantwortungslos. Denn die Bevölkerung hat den politischen Auftrag zu mehr Klimaschutz klar erteilt. 2023 hat sie entschieden, dass die Schweiz bis 2050 klimaneutral werden soll.

### Keine neuen Steuern und Abgaben

Die Schweiz muss ihre Verantwortung hier und jetzt übernehmen! Die Klimafonds-Initiative ist unser Weg zu diesem gemeinsamen Ziel, denn sie macht den Schutz von Klima und Natur zur öffentlichen Aufgabe, deren Finanzierung in der Verfassung verankert ist. Mit dem Klimafonds investieren wir jährlich 0,5 bis 1 Prozent des BIP in erneuerbare Energien, Gebäudesanierungen und nachhaltige Mobilität – sozialverträglich finanziert ohne neue Steuern oder Abgaben. Eine notwendige und vernünftige Investition in eine moderne und klimaneutrale Infrastruktur mit der wir auch die notwendigen Fachkräfte für die ökologische Wende ausbilden können.

Gemeinsam korrigieren wir die Klimapolitik des Bundesrats! Handeln wir heute, können wir die Klimaschäden von morgen verhindern, Städte begrünen und abkühlen, Gewässer renaturieren, Böden schützen und Gebäude und Ver-

kehr dekarbonisieren. Der Klimafonds hilft auch Gemeinden und Kantonen, die bei Schäden durch Überschwemmungen, Murgänge oder Hitzewellen an vorderster Front stehen.

### Heute für Morgen investieren

Die Kosten des Nichtstuns explodieren. Bis 2060 kommen Gesamtkosten von bis zu 34 Milliarden Franken pro Jahr auf uns zu. Das sind 4 Prozent des BIP. Heute zu investieren, bedeutet, unsere Zukunft zu schützen: unsere Gesundheit, unsere Lebensräume, unsere Natur, unsere natürlichen Ressourcen. Heute in die Erneuerbaren zu investieren, bedeutet, uns aus dem Würgegriff der Fossil-Autokratien zu befreien. Gemeinsam schaffen wir eine lebenswerte Zukunft. Gemeinsam sagen wir am 8. März Ja zum Klimafonds.



**Aline Trede**

Nationalrätin BE  
Fraktionspräsidentin

[alinetrede.bsky.social](https://alinetrede.bsky.social)



**Tasche?**



**Postkarten?**



**Aufkleber?**

**JETZT FARBE  
BEKENNEN**

**UND GRATIS MATERIAL  
BESTELLEN!**



## GLEICHSTELLUNG AUCH BEI DEN STEUERN!

Mit der Individualbesteuerung sollen verheiratete Frauen für die Steuerämter endlich nicht mehr das Anhängsel ihrer Ehemänner sein. Das bedeutet das Ende der Heiratsstrafe und stärkt die finanzielle Unabhängigkeit der Frauen und damit die Gleichstellung.

Der Zivilstand soll keinen Einfluss mehr auf die Höhe der Steuerrechnung haben. Mit der Individualbesteuerung füllt jede Person eine Steuererklärung aus und zahlt auf ihr Einkommen und ihr Vermögen Steuern. Damit werden sämtliche Benachteiligung wie die Heiratsstrafe für Ehepaare abgeschafft. Eine faire Besteuerung für alle!

Bereits heute haben die meisten Länder in Europa die Individualbesteuerung eingeführt. Sie ist die progressive Antwort auf die gesellschaftlichen Erregenschaften der letzten Jahrzehnte, auf die Gleichstellung und die Emanzipation der Frauen.

Denn das heutige Steuersystem ba-

siert auf dem Familienmodell der Nachkriegszeit und setzt für verheiratete Frauen den Anreiz, nicht oder nur in tiefen Pensen zu arbeiten. Und auf der Steuererklärung sind sie nach wie vor Anhängsel ihrer Ehemänner. Das ist auf keine Art und Weise zeitgemäss! Die Individualbesteuerung ist ein wichtiger Erfolg zur Überwindung dieser veralteten Rollenverteilung.

Füllen alle ihre Steuererklärung aus, stärkt das nicht nur die finanzielle Kompetenz, sondern verbessert auch das Wissen über die eigene finanzielle Situation. Mit der Individualbesteuerung wird es zudem attraktiver für Ehepartner\*innen, selbst ein Erwerbs-

einkommen zu erzielen. Das Resultat: Frauen und Mütter werden finanziell unabhängiger und haben im Alter eine bessere Vorsorge.

Die Hälfte der Bevölkerung wird durch den Wechsel weniger Steuern bezahlen, für 36 % ändert sich nichts. Um dies auszugleichen, zahlen die 10 % reichsten mehr. Darum: Ja zur Individualbesteuerung am 8. März!



Franziska Ryser  
Nationalrätin SG  
franziskaryser

## SRG HALBIEREN UND DER DEMOKRATIE SCHADEN? NEIN, DANKE!

Die Halbierung der SRG ist in Zeiten von Fake News brandgefährlich. Wir brauchen ausgewogene Informationen und Diskussionen in allen Landesregionen.

Die Medien sind in einer Krise, die Werbeeinnahmen gehen zurück, immer weniger Menschen abonnieren Zeitungen und die Schweizer Medien müssen gegen das Kurzfutter in den sozialen Medien konkurrenzieren.

In dieser Situation ist es absurd, die SRG zusammenzustreichen. Sie gewährleistet ausgewogene Informationen und Diskussionen. Und das in allen Sprachregionen in der Schweiz. Mit einer massiven Kürzung würden wir alle weniger Informationen, weniger Kultur, Sport und Unterhaltung aus der Schweiz erhalten.

Genau das ist auch das Ziel der Initiant\*innen aus dem rechtsbürgerlichen

Spektrum. Andere Länder machen es vor: Je schlechter die Mediensituation ist, desto stärker beeinflussen Fake News Wahlen und Abstimmungen. Was am Schluss stimmt und was nur ein falsches Gerücht ist, kann nicht mehr unterschieden werden. Diese Verunsicherung spielt ihnen in die Hände.

Wir sehen aktuell, dass bereits die Gebührensenkung auf 300 Franken zu einem massiven Abbau bei der SRG führt. Stellen fallen weg, Sendungen werden gestrichen und Personal wird entlassen. Die Halbierungsinitiative würde diesen Abbau nochmals extrem verstärken. Darunter würde der Zusammenhalt in der Schweiz leiden.

Wir GRÜNEN sind offen für eine Diskussion zum SRG-Programm und stellen kritische Fragen zu Sendungen oder der Bevorzugung der Bundesratsparteien. Aber es braucht ein klares NEIN zur Initiative «200 Franken sind genug!», damit die SRG überhaupt mit vielfältigen Informationen zur Meinungsbildung beitragen kann.



Michael Töngi  
Nationalrat LU  
michaeltongi



## FAMILIENZEIT: KÖNNTE SICH DIE SCHWEIZ ENDLICH MAL UM FAMILIEN KÜMMERN?

Nach der Geburt eines Kindes gewährt die Schweiz heute lediglich 14 Wochen Mutterschaftszeit und lächerliche zwei Wochen Vaterschaftszeit. Reicht das für das Wohlergehen von Familien, für die Gleichstellung und für einen guten Start ins Leben? Für die GRÜNEN ist die Antwort klar: Nein! Deshalb haben wir die Familienzeit-Initiative lanciert. Sie fordert eine paritätische Familienzeit von je 18 Wochen und ist ein zukunftsweisendes, notwendiges und realistisches Projekt.

Konkret will die Initiative das Recht auf Schutz vor den wirtschaftlichen Folgen der Elternschaft in der Verfassung verankern. Sie fordert eine Familienzeit von je 18 Wochen für beide Elternteile. Diese ist nicht übertragbar und der Bezug erfolgt grundsätzlich alternierend. Bis zu einem Viertel der Familienzeit kann jedoch gleichzeitig bezogen werden. Der Mutterschaftsschutz bleibt dabei uneingeschränkt und Eltern mit geringem Einkommen erhalten während der Familienzeit bis zu 100 % ihres Gehalts.

### Starker Hebel für Gleichstellung

Aber warum braucht es diese Änderung? Weil die ersten Wochen nach der Geburt intensiv, anstrengend und entscheidend sind. Wer zu früh zurück zur Arbeit muss, leidet unter Stress und Erschöpfung – mit negativen Auswirkungen auf die Gesundheit der Eltern und die Entwicklung des Kindes. Studien sind eindeutig: Kinder profitieren kognitiv, sozial und emotional deutlich, wenn beide Elternteile präsent sind.

Die Familienzeit ist aber auch wichtig für die Förderung der Gleichstellung. Heute übernehmen immer noch über-

wiegend Frauen die Care-Arbeit. Das hat negative Auswirkungen auf ihr Berufsleben. In nur 4 von 100 Familien in der Schweiz übernehmen Männer den Hauptteil der Care-Arbeit. Die Geburt eines Kindes verstärkt dabei die bestehende Ungleichverteilung – sogar in Paaren, die bisher gleichberechtigt unterwegs waren.

### Für das Engagement von Vätern

Die Initiative gewährt beiden Eltern gleich viel Familienzeit und verändert so die Familiensituation grundlegend. Väter können sich beispielsweise besser engagieren und zu vollwertigen Bezugspersonen werden. Derweil müssen Mütter die Kinderbetreuung nicht mehr alleine tragen. Das Resultat: Weniger Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, eine erleichterte Rückkehr in den Beruf zu einem selbst gewählten Beschäftigungsgrad und weniger Ungleichheit bei Lohn und Berufsvorsorge. Hinzu kommt die gestärkte familiäre Bindung.

Innerhalb der OECD hinkt die Schweiz in Sachen Familienzeit massiv hinterher. Doch langsam kommt Schwung in die Sache. 2020 wurde der Vaterschaftsur-

laub angenommen, es gibt kantonale Initiativen in Genf oder Basel-Stadt. Es ist höchste Zeit, einen neuen Schritt zu wagen. Die Familienzeit ist kein Luxus. Sie ist eine Investition in die Gesundheit, die Gleichstellung und die Zukunft unserer Gesellschaft: unsere Kinder. Eine gerechtere Schweiz beginnt schon bei der Geburt.

**Bitte unterzeichne  
die Familienzeit-  
Initiative:**



Florence Brenzikofer  
Nationalrätin BL  
florencbrenzikofer



## WIR WOLLEN ENDLICH BEZAHLBARE MIETEN!

Die Mieten steigen ständig an. Für viele Menschen wird Wohnen unbezahlbar. Mit der von den GRÜNEN unterstützten Mietpreis-Initiative geben wir Gegensteuer.

In den letzten 20 Jahren sind die Mietzinse um mehr als 30 Prozent angestiegen. Gleichzeitig hatten wir über viele Jahre so gut wie keine Teuerung. Die Mietzinse kletterten hoch, egal, ob die Hypothekarzinse sanken, gebaut wurde oder weniger gebaut wurde und egal, was das Mietrecht eigentlich vorgibt. Denn: Die Vorgaben, dass sich die Mietzinse an den Kosten der Vermietenden orientieren sollen, sind reine Theorie.

Die Praxis sieht anders aus: Die Referenzzinssatzsenkungen werden nicht an die Mietenden weitergegeben und wird eine Wohnung frei, so wird sie zu einer massiv höheren Miete ausgeschrieben. Hinzu kommen Sanierungen

und Abrisse, die sich vor allem an Renditezielen orientieren – und nicht an Klimazielen.

### Rezept gegen Preisspirale

Die Spirale dreht sich immer weiter nach oben. Das führt auch zu enormen Steigerungen der Bodenpreise, die es zum Beispiel Genossenschaften häufiger unmöglich macht, überhaupt mitzubieten. In den letzten Jahren hat der Anteil der Wohnungen, die renditeorientierten Anleger\*innen gehört, massiv zugenommen.

Dagegen gibt es ein Rezept: Mit der Mietpreis-Initiative will der Mieterinnen- und Mieterverband die Kostenmiete stärken und eine regelmässige

Überprüfung von Mietzinsen einführen. Denn heute gibt es nur dann eine Überprüfung, wenn die Mietenden diese wollen. Diese Last soll von der Mietenden genommen werden.

Darum: Unterschreibe jetzt diese wichtige Initiative auf dem beigelegten Bogen und sammle gleich noch ein oder zwei zusätzliche Unterschriften bei Familie, Freund\*innen oder Bekannten!



Michael Töngi  
Nationalrat LU  
@michaeltöngi

## IT'S TIME TO CARE: NETZWERK GRÜNE FRAUEN

Während rechte Autokraten weltweit Frauenrechte attackieren und Maskulinisten im Netz junge Männer radikalisieren, spüren wir diesen Gegenwind auch in der Schweiz: Unser Parlament stärkt das Armeebudget, verweigert aber massive Investitionen in die Sicherheit von Frauen und Gewaltbetroffenen. Konservative Parteien stellen das Abtreibungsrecht in Frage und bedrohen die Finanzierung von Gleichstellungsbüros.

Doch gemeinsam schaffen wir Veränderung: Als erste Partei haben wir die Ehe für alle gefordert und zu ihrer Annahme beigetragen, das Vergewaltigungsstrafrecht verbessert, Stalking unter Strafe stellt, Ehen mit Minderjährigen nicht toleriert und die erste Femizid-Statistik erkämpft.

It's time to care – für eine Politik, die alle Menschen schützt. Denn Diskriminierungen multiplizieren sich: Frauen mit Migrationsgeschichte, Frauen mit Behinderungen, lesbische, bisexuelle, trans und nicht-binäre Personen erle-

ben mehrfache Ausgrenzung. Alle zwei Wochen wird eine Frau getötet, jede Woche werden sechs anti-LGBTIQ+ Hassverbrechen registriert.

Wir GRÜNE vertreten einen inklusiven, sozialen und mutigen Feminismus – und für diesen Kampf müssen wir auch für uns selbst sorgen.



Sibel Arslan  
Nationalrätin BS  
@sibelarslanbs.bsky.social

17 **14. MÄRZ | 10:30 UHR | BUNDESHAUS**

Am 14. März trifft sich das Netzwerk Grüne Frauen erneut, um gemeinsam unser neues Positionspapier zur Gleichstellung zu diskutieren. Wie können wir handeln, um einen inklusiven Feminismus auf die politische Agenda zu setzen?

**Gemeinsam sind wir stark! Melde dich zu diesem Treffen an. Ich freue mich darauf, dich zu sehen!**



# RORSCHACH BRAUCHT KEINEN DRITTEN AUTOBAHNANSCHLUSS

Der Kanton St.Gallen will am Bodensee eine neue Kantonsstrasse zum See samt zusätzlichem Autobahnanschluss bauen. Gemeinsam mit einer breiten Allianz haben die GRÜNEN Kanton St. Gallen erfolgreich das Referendum ergriffen.

Mit dem klaren nationalen Nein zu mehr Autobahnen vom 24. November 2024 hat die Bevölkerung deutlich gemacht, dass sie eine nachhaltige Verkehrswende will. Dennoch plant der Kanton St. Gallen am Bodensee eine weitere Kapazitätserweiterung im Strassenverkehr, die zusätzlichen Verkehr mit sich bringt.

Die «Stadt am See», bestehend aus den Gemeinden Rorschach, Goldach und Rorschacherberg, verfügt bereits über zwei Autobahnanschlüsse in kurzer Distanz. Die Autolobby ist der Meinung, dass das nicht reicht. Nur gut zwei Kilometer vom bestehenden Anschluss «Meggenhus» entfernt soll nun ein dritter Anschluss «Witen» zusammen

mit einer neuen Kantonsstrasse gebaut werden. Die neue Strasse zerstört wertvolles Kulturland und fördert die fortschreitende Zersiedelung im Bodenseeraum auf Kosten von Natur und Landwirtschaft. Zudem müssten Wald gerodet und über 100 teils geschützte Altbäume gefällt werden. Über Jahrzehnte gewachsene Stadtbäume tragen deutlich mehr zur Klimaregulierung und Biodiversität bei als junge Ersatzbäume. Mit Kosten von rund 330 Millionen Franken für nur 2.2 Kilometer ist das Projekt eine Luxusstrasse zum Rekordpreis von rund 150'000 Franken pro Meter.

Die GRÜNEN haben zusammen mit weiteren Parteien und Verbänden er-

folgreich das Referendum gegen die Megastrasse zum See ergriffen. Die kantonale Abstimmung über den entsprechenden Kredit ist am 8. März 2026. Bei einem Nein wird auch der unnötige dritte Autobahnanschluss hinfällig.



[www.megastrasse-nein.ch](http://www.megastrasse-nein.ch)



**Daniel Bosshard**  
Präsident und Kantonsrat  
GRÜNE Kanton St. Gallen

# GESCHENK AN DIE RÜSTUNGSINDUSTRIE, SCHWÄCHUNG DES FRIEDENS

Die Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes untergräbt die Friedensförderung und steht im Widerspruch zu den aussen- und sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz. Einzig die Rüstungsindustrie profitiert. Darum wurde das Referendum lanciert.

Im Dezember verabschiedete das Parlament Änderungen des Kriegsmaterialgesetzes. Unter dem Deckmantel von Sicherheit und vermeintlichem geopolitischen Realismus sollen die Vorschriften für den Export von Kriegsmaterial massiv gelockert werden: Mehr Ausnahmen und schwächere Kontrollen sind die Folgen.

Ursprünglich ging es bei der Gesetzesänderung um die Frage: Wie können wir die Ukraine unterstützen und dabei gleichzeitig geltendes Völkerrecht einhalten? Was das Parlament nun beschlossen hat, hat damit rein gar nichts mehr zu tun. Stattdessen öffnet es Tür und Tor für Waffenlieferungen in Unrechtsstaaten.

Mit der Abschaffung der Nicht-Wiederausfuhr-Erklärungen dürfen Länder Kriegsmaterial, welches sie von der Schweiz gekauft haben, direkt wieder exportieren. So verliert die Schweiz die Kontrolle über Waffenexporte. In Zukunft dürften zudem Waffen in 25 Länder geliefert werden, selbst wenn sich diese in einem bewaffneten Konflikt befinden.

Diese Lockerung dient nur den Interessen der Rüstungsindustrie. Dazu steigt das Risiko, dass Schweizer Waffen in Kriegsgebieten wie im Sudan, im Jemen oder in Gaza auftauchen. So schwächen wir die internationale Glaubwürdigkeit der Schweiz und kehren der humanitären Tradition den Rücken.

Echte Sicherheit entsteht durch Friedensförderung, Diplomatie und Einhaltung des Völkerrechts. Die GRÜNEN unterstützen deshalb das Referendum. Bitte unterschreibe den beiliegenden Unterschriftenbogen und sammle gleich noch ein paar weitere Unterschriften. Danke!



**Gerhard Andrey**  
Nationalrat FR  
[gerhard-andrey.ch](https://twitter.com/gerhard-andrey)

## VERFECHTER EINER NACHHALTIGEN UND SOZIALEN LANDWIRTSCHAFT

Im letzten Dezember hatte Rudi Berli sein Debüt im Nationalrat. Der Bio-Gemüsebauer aus Genf setzt sich seit Jahrzehnten für eine bäuerliche und nachhaltige Landwirtschaft ein. Nun ist er Teil der Grünen Fraktion und setzt sich dort für eine sozialverträgliche Ökologie.

Eigentlich deutete nichts darauf hin, dass Rudi Berli einmal Biobauer in der Nähe von Genf werden würde – und schon gar nicht Nationalrat für die GRÜNEN. 1963 wurde er in eine eher rechts stehende Familie im Zürcher Säuliamt geboren. Danach absolvierte er eine Ausbildung an der Gartenbauschule im Genfer Lullier – wo er Gemüsegärtner wurde. «Ich wollte Gemüse anbauen, weil diese Tätigkeit unmittelbar Sinn ergibt», betont er. Mit dieser Ausrichtung begann er, für die Jardins de Cocagne zu arbeiten, der ersten regionalen Vertragslandwirtschaft Europas. Die Genossenschaft versorgt fast 400 Haushalte in Genf mit Bio-Gemüse. «Die Arbeit in der biologischen Landwirtschaft ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Und das kollektive und selbstverwaltete Modell passt perfekt zu mir.»

### Für kurze Transportwege

Durch den Kontakt mit Freunden in Jugendbewegungen wurde Rudi schon früh politisiert. «Ich habe mich für selbstverwaltete Kulturzentren und billigen Wohnraum eingesetzt, aber

auch für den Pazifismus und gegen Atomkraftwerke», erzählt er. Nach einem fünfjährigen Aufenthalt auf einem italienischen Bauernhof kehrte er zu den Jardins de Cocagne zurück und fing an, sich bei Uniterre, der bäuerlichen Gewerkschaft, welche für eine nachhaltige Landwirtschaft kämpft, zu engagieren. «Dabei geht es nicht nur um biologische Landwirtschaft, sondern um eine ganzheitliche Nachhaltigkeit. Diese umfasst neben ökologischen Aspekten auch soziale und wirtschaftliche.»

So wurde er 2003 politischer Sekretär bei Uniterre und kämpft seither auch auf Bundesebene für seine Ideale. Als Experte für Agrarpolitik setzte er sich für Ernährungssouveränität und eine bäuerliche Landwirtschaft ein. «Es kann kein nachhaltiges Ernährungssystem geben, ohne dass viele Hände mit dem Boden arbeiten», sagt er. So plädiert er für eine Landwirtschaft, die sich aus diversifizierten bäuerlichen Betrieben mit Ackerbau und Tierhaltung bestehen – natürlich in der Region verwurzelt. Für ihn gehen Umweltschutz und nachhaltige Landwirtschaft Hand

in Hand. «Die Umwelt ist unser Arbeitsplatz. Wir müssen sie pflegen.»

### Gegen Freihandelsabkommen

Im Herzen war Rudi schon immer grün. Dennoch trat er der Partei erst für die Wahlen 2023 bei. Dank eines hervorragenden Wahlergebnisses trat er im letzten Dezember dann die Nachfolge von Nicolas Walder im Nationalrat an. Nun will er in Bern seinen langjährigen Kampf gegen Freihandelsabkommen fortsetzen. «Diese setzen die Schweizer Landwirtschaft enorm unter Druck und verzerren die Lebensmittelpreise», sagt er.

Daneben wird sich der frisch gewählte auch für bezahlbaren Wohnraum einsetzen – eine Mission, die er in Genf bereits länger verfolgt. Als seine Familie grösser wurde, fand er im Kanton Genf keine Wohnung und zog deshalb ins benachbarte Frankreich. «Eine Senkung der Gesundheitskosten und faire Mieten sind unerlässlich, damit mehr Geld für die lokale Wirtschaft bleibt und in kurze Transportwege fließen kann», sagt er.

Marjorie Spart

### VON GANZEM HERZEN: DANKE, NICOLAS!

Seit dem 1. Dezember 2025 vertritt Rudi Berli den Kanton Genf für die GRÜNEN im Nationalrat – und übernimmt den Sitz von Nicolas Walder, der seit 2019 im Nationalrat sass und Vizepräsident der GRÜNEN Schweiz war. Im letzten Oktober wurde Nicolas Walder in die Genfer Regierung gewählt, wo er unter anderem für die ökologische Wende zuständig ist. Die GRÜNEN danken ihm für sein grosses Engagement in der Europapolitik und seinen unermüdlichen Einsatz für eine humanitäre und wertorientierte Schweizer Aussenpolitik. Diese Haltung war angesichts der fatalen Positionierung des Bundesrats im Ukrainekrieg und im Gazakrieg in den letzten Jahren unerlässlich.